Satzung des Altöttinger Bündnisses für Respekt, Vielfalt und Demokratie

Fassung vom 19.01.2025

Präambel

Wir sehen uns als Vertreter*innen einer multikulturellen, demokratischen und vielfältigen Bürgerschaft in unserem Landkreis. Unser Engagement beginnt dort, wo Vielfalt, Freiheit, Demokratie und Toleranz bedroht werden. Respekt und der friedliche, wertschätzende Umgang miteinander sind unsere Grundsätze, gerade in der politischen Auseinandersetzung und einer sich wandelnden Gesellschaft.

Wir fördern den demokratischen Diskurs und lehnen Diskussionen, Meinungen und Haltungen ab, die die Menschenwürde verletzen und unser Grundgesetz nicht anerkennen.

Wir verstehen unseren Auftrag darin, Menschen zusammenzubringen und sie zu ermutigen, sich einzubringen und gesellschaftlich zu engagieren.

Unser Bündnis wird gekennzeichnet sein durch Aktionen, Seminare oder Veranstaltungen, die die Begegnung und den Austausch in unserer Bürgerschaft aktiv fördern. So werden wir uns einerseits präventiv gegen politischen, religiösen oder sonstigen Extremismus und Intoleranz sowie für ein nachhaltiges und klares Demokratieverständnis einsetzen. Zum anderen werden wir bei akuten Bedrohungen unserer Demokratie unsere Stimme erheben und entsprechend reagieren.

Wir bekennen uns zu der Idee eines geeinten und friedlichen Europas und darüber hinaus und engagieren uns gegen den aufkeimenden Nationalismus.

Unser Bündnis soll sichtbar, unsere Maßnahmen spürbar sein. Wir möchten die Menschen dafür gewinnen, selbst mitzuwirken und sich einzumischen.

Wir entwickeln zusammen mit unseren Mitgliedern eigene Formate, um unsere Ziele zu erreichen. Dabei streben wir aktiv nach Partnerschaften mit anderen Organisationen und Institutionen auf lokaler und regionaler Ebene.

Um Demokratie, Vielfalt und Respekt aktiv zu fördern, initiieren wir generationsübergreifende Formate in Form von Multiplikator*innen-Schulungen und weitere Bildungsarbeit, vor allem für Kinder, Jugendliche und Familien.

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Altöttinger Bündnis für Respekt, Vielfalt und Demokratie“. Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und führt dann den Zusatz „e. V.“
2. Der Verein hat seinen Sitz in Altötting.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins und Gemeinnützigkeit

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ gemäß §52 Abschnitt 2 der Abgabenordnung.
2. Der Verein ist ein Zusammenschluss von Personen, die sich für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Förderung einer verantwortungsbewussten und solidarischen Zivilgesellschaft einsetzen wollen. Dieser Zweck soll unter anderem verfolgt werden durch:
 - a) eine intensive Aufklärungs- und Bildungsarbeit.
 - b) Die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.
 - c) Förderung der Gleichberechtigung
3. Der Verein verfolgt seine Ziele durch das ideelle Engagement der Mitglieder, der Vereinsorgane und der weiteren Mitwirkenden und durch den sachgerechten Einsatz der Vereinsmittel. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
4. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Sie haben auch im Falle der Auflösung keinen Rechtsanspruch.
5. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
6. Der Verein ist parteipolitisch neutral. Er verfolgt keine Zwecke zur Förderung von politischen Parteien.
7. Der Verein strebt die Zusammenarbeit mit anderen an ähnlichen Themen arbeitenden Organisationen an.
8. Beschlüsse über Satzungsänderungen, die den Zweck des Vereins gemäß §2 betreffen, sind vor dem Inkrafttreten dem zuständigen Finanzamt zwecks Bestätigung vorzulegen. Die Gemeinnützigkeit des Vereins im steuerrechtlichen Sinne darf nicht beeinträchtigt werden.

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person sowie eine Körperschaft des öffentlichen Rechts werden.
2. Politische Parteien können nicht Mitglied werden.
3. Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet abschließend der Vorstand.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet

- a) mit dem Tod des Mitglieds,
- b) durch freiwilligen Austritt,
- c) durch Ausschluss aus dem Verein,
- d) bei juristischen Personen sowie bei Körperschaften des öffentlichen Rechts durch deren Auflösung.

2. Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem Mitglied des Vorstands. Er ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zulässig.

3. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstands ausgeschlossen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrags im Rückstand ist. Der Ausschluss ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.

4. Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblich verstoßen hat, durch Beschluss der Mitgliederversammlung aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied Gelegenheit zu geben, sich persönlich zu rechtfertigen. Eine etwaige schriftliche Stellungnahme des Betroffenen ist in der Mitgliederversammlung zu verlesen. Der Ausschluss ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.

§ 5 Mitgliedsbeiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe des Jahresbeitrages und dessen Fälligkeit werden von der Mitgliederversammlung bestimmt.

§ 6 Organe des Vereins

- a) der Vorstand
- b) die Mitgliederversammlung

§ 7 Der Vorstand

Der Vorstand i. S. d. § 26 BGB besteht aus

- a) zwei Vorsitzenden möglichst unterschiedlichen Geschlechts
- b) einem*r Schriftführer*in
- c) dem/der Schatzmeister*in
- d) weiteren Beisitzer*innen.

Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch einen der Vorsitzenden vertreten. Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig. Die Anzahl der Beisitzer*innen wird durch die Mitgliederversammlung bestimmt.

§ 8 Amtsdauer des Vorstandes

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren, vom Tage der Wahl angerechnet, gewählt. Er bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Vorstandes im Amt. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während der Amtsperiode aus, so bestimmt der Vorstand ein Ersatzmitglied, aus den Reihen der Vereinsmitglieder, für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen.

§ 9 Beschlussfassung des Vorstandes

Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn sich mindestens drei Vorstandsmitglieder, darunter ein Vorsitzender, versammelt haben.

§ 10 Die Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes anwesende Mitglied eine Stimme.
Die Mitgliederversammlung ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:

- a) Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes; Entlastung des Vorstandes
- b) Festsetzung der Höhe und der Fälligkeit des Mitgliedsbeitrages
- c) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes
- d) Wahl und Abberufung zweier Kassenprüfer*innen
- e) Beschlussfassung über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins

§ 11 Die Einberufung der Mitgliederversammlung

Jährlich soll eine ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen postalisch oder durch Benachrichtigung per E-Mail unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung der Einladung folgenden Werktag. Das Einladungsschreiben gilt als dem Mitglied zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest.

§ 12 Die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung eine/n Leiter*in.
2. Das Protokoll wird von dem/der Schriftführer*in verfasst. Ist dieser*e nicht anwesend, wird ein/eine Protokollführer*in, von der Versammlungsleitung bestimmt.
3. Die Art der Abstimmung bestimmt die Versammlungsleitung. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein bei der Abstimmung anwesendes stimmberechtigtes Mitglied dies beantragt.
4. Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Die Versammlungsleitung kann Gäste zulassen.
5. Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben daher außer Betracht. Zur Änderung der Satzung (einschließlich des Vereinszweckes) ist jedoch eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen, zur Auflösung des Vereins eine solche von vier Fünftel erforderlich.
6. Auch ohne Versammlung der Mitglieder ist ein Beschluss im Umlaufverfahren gültig, wenn eine einfache Mehrheit der Mitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschluss in Textform erklärt.
7. Für die Wahlen gilt Folgendes: Hat im ersten Wahlgang kein/e Kandidat*in die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidat*innen statt, welche die beiden höchsten Stimmzahlen erreicht haben.
8. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von der jeweiligen Versammlungsleitung und dem/der Protokollführer*in zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellungen enthalten: Ort und Zeit der Versammlung, die Person der/des Versammlungsleiters*in und der/des Protokollführers*in, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung. Bei Satzungsänderungen ist die zu ändernde Bestimmung anzugeben. Das Protokoll wird den Vereinsmitgliedern postalisch oder per E-Mail zugesandt.

§ 13 Nachträgliche Anträge zur Tagesordnung

Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der/die Versammlungsleiter*in hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen. Über die Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung. Zur Annahme des Antrages ist eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Satzungsänderungen, die Auflösung des Vereins sowie die Wahl und Abberufung von Vorstandsmitgliedern können nur beschlossen werden, wenn die Anträge den Mitgliedern mit der Tagesordnung angekündigt worden sind.

§ 14 Außerordentliche Mitgliederversammlungen

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von einem Zehntel aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die §§ 10, 11, 12 und 13 entsprechend.

§ 15 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit der im § 12 festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden. Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind die Vorsitzenden gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren. Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

2. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall der Anerkennung der Steuerbegünstigung fällt das Vermögen des Vereins an den Landkreis Altötting zwecks Verwendung zur Förderung der Bildung und Information über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.